

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint  
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags  
und Freitags. — Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 Mk., durch die Post  
bezogen 1 Mk. 25 Pf. — Einzelne  
Nummern 10 Pf.

Inserate  
werden Montags und Donnerstags  
bis Mittags 12 Uhr angenommen.  
Insertionspreis  
10 Pf. pro dreigespaltene  
Corpuszeile.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,  
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 78.

Freitag, den 29. September

1893.

### Tagesgeschichte.

Kaiser Wilhelm hat nunmehr auch seinen Jagd-  
aufenthalt in Ungarn beendet, er reiste am Montag Abend  
9 Uhr nach herrlichster Verabschiedung vom Erzherzog Friedrich  
und unter den lebhaftesten Zurufen der am Bahnhof versammelten  
Vollmenge von Nobacs ab; König Albert von Sachsen und  
Prinz Leopold von Bayern waren bereits Nachmittags von  
Nobacs abgereist. Soweit bekannt, gedachte der Kaiser am  
Mittwoch Abend in Swinemünde einzutreffen und alodann  
sofort an Bord der Yacht „Hohenzollern“ zu gehen, deren Ein-  
treffen in Gethenburg für Donnerstag Abend angekündigt ist.  
In letzterer Stadt wird Kaiser Wilhelm vom Kronprinzen von  
Schweden Namens des Königs Oskar empfangen werden,  
worauf sich der Kaiser und der Kronprinz nach Hunneberg be-  
geben, woselbst die diesjährigen schwedischen Hofjagden auf  
Schwid stattfinden; am Freitag trifft auch König Oskar in  
Hunneberg ein. Nach Beendigung seines Jagdbesuches in  
Schweden begibt sich der Kaiser direkt nach Rominten in  
Ostpreußen.

Berlin, 26. September. Das Wolffsche Telegraphische  
Bureau ist in den Stand gesetzt, die zwischen dem Kaiser und  
dem Fürsten Bismarck gewechselten Depeschen nachstehend zu  
veröffentlichen:

Bismarck, 19. September. An den Fürsten Bismarck, Riffingen.  
Ich habe zu Meinem Bedauern jetzt erst erfahren, daß  
Euerer Durchlaucht eine nicht unerhebliche Erkrankung durch-  
gemacht haben. Da Mir zugleich, Gott sei Dank, Nachrichten  
über stetig fortschreitende Besserung zugegangen, spreche ich  
Meine warmste Freude darüber aus. In dem Wunsch, Ihre  
Genesung zu einer recht vollständigen zu gestalten, bitte ich  
Euer Durchlaucht, bei der klimatisch wenig günstigen Lage  
Bismarck und Reichsruh für die Winterzeiten in einem Meiner  
in Mitteldeutschland gelegenen Schloß ihr Quartier aufzu-  
schlagen. Ich werde nach Rücksprache mit Meinem Hofmarschall  
das geeignete Schloß Euerer Durchlaucht namhaft machen.

Riffingen, 19. September. An Se. Maj. den deutschen  
Kaiser, Bismarck. Euerer Majestät danke ich in tiefster Ehrfurcht  
für den huldreichen Ausdruck der Theilnahme an meiner Er-  
krankung und der neuerlich eingetretenen Besserung, nicht minder  
für die Absicht gnädiger Fürsorge für Förderung meiner Ge-  
nesung durch die Gewährung eines klimatisch günstigen Wohn-  
ortes. Meine ehrfurchtsvolle Dankbarkeit für die huldreiche  
Intention wird durch die Ueberzeugung nicht abgeschwächt, daß  
ich meine Herstellung, wenn sie mir nach Gottes Willen über-  
haupt in Aussicht steht, am wahrscheinlichsten in meiner alt-  
genannten Häuslichkeit und deren Zubehör an Einrichtung und  
Umgebung zu finden glaube. Da mein Leiden nervöser Natur  
ist, so glaube ich mit meinem Arzte, daß das ruhige Winter-  
leben in gewohnten Umgebungen und Beschäftigungen die  
förderlichste für meine Genesung sein würde, daß dagegen der  
Ueberzug in neue, mir bisher fremde Umgebungen und Ver-  
kehrskreise, wie es die Folge einer Verwirklichung der huldreichen  
Absicht Euerer Majestät sein würde, in meinem hohen Alter  
im Interesse der Beseitigung der vorhandenen Störungen meines  
Nervensystems zu vermeiden sein würde. Professor Schwenger  
behält sich vor, diese seine und meine Ueberzeugung schriftlich  
zu begründen.

Nach allem, was man über den Stand der Vorarbeiten  
zur Reichssteuerreform hört, ist eine Veröffentlichung der be-  
treffenden Gesetzentwürfe vor dem Zusammentritt des Reichstags  
nicht zu erwarten. Es wäre aber sehr wünschenswert, wenn  
wenigstens die Gegenstände, an welche man sich bei der Steuer-  
vermehrung zu halten gedenkt, recht bald zuverlässig bezeichnet  
würden. Die fortwährend wechselnden Gerüchte über dieselben  
sind nur zu sehr geeignet, in der öffentlichen Meinung eine  
große Verwirrung anzurichten und eine lebhaftere Verstim-  
mung hervorzurufen, eine Wirkung, die mit jenen Gerüchten  
gerade beabsichtigt ist. Sehr auffallend ist es, daß in kurzen  
Zwischenräumen immer von neuem irgendwo die Nachricht auf-  
taucht, man werde nun doch auf eine Erhöhung der Biersteuer  
zurückkommen, hauptsächlich, weil man sich überzeugt habe, daß  
man dem Tabak eine neue Belastung nicht zumuthen könne,  
ohne zugleich das seit zwei Jahrzehnten von der Steuerge-  
setzgebung in Ruhe gelassene Bier zu treffen. Dem gegenüber  
muß denn doch noch einmal daran erinnert werden, daß der  
Reichsfiskus in der Sitzung des Reichstags vom 15. Juli d.  
J. ausdrücklich erklärt hat, daß auf eine Erhöhung der Bier-  
und Branntweinsteuer zur Deckung der aus der Militärvorlage  
erwachsenden Kosten nicht zurückgegriffen werden sollte. Es ist  
also klar, daß zum mindesten Groß Caprioli in der bevorstehen-  
den Session nicht eine Vorlage über Erhöhung der Biersteuer  
an den Reichstag gelangen lassen kann; und da die Beschlüsse  
des Bundesraths durch einen anderen als den allein verant-  
wortlichen Reichsfiskus bezw. einen von diesem bevollmächtigten  
Vertreter nicht an den Reichstag gelangen könnten, so ist eine

Wiederaufnahme des Biersteuerprojekts zur Zeit einfach aus-  
geschlossen.

Offiziell wird heute über die Reichssteuerreform  
Angelegenheit in den „Berl. Polit. Nachr.“ geschrieben:

Nachdem auch die technischen Schwierigkeiten, welche natur-  
gemäß bei der Einzelberatung der in Frankfurt a. M. verein-  
barten Steuerpläne hervorgetreten waren, nunmehr für über-  
wunden gelten können und die volle Verständigung über die  
Details zweifellos ist, erscheint es gegenüber den Erörterungen  
über die Einzelheiten der Besteuerungspläne, in welche sich die  
Presse zum Theil verliert, angezeigt, an die Ziele zu erinnern,  
welche bei der Reichssteuerreform verfolgt werden und zu deren  
Erreichung die Besteuerungspläne nur die Mittel liefern sollen.  
Neben der Beschaffung der Mittel zur Deckung des dauernden  
Wehrbedarfs infolge der Heeresvergrößerung mit jährlich 55 Mill.  
Mark ist das Ziel, welches gleichmäßig im Interesse der festen  
Ordnung der Finanzen im Reiche und ihrer festen Scheidung  
von denen der Einzelstaaten erstrebt wird, die Verwirklichung  
von denen der Einzelstaaten erstrebt wird, die Verwirklichung  
des Gedankens, welcher bei Einführung der Klausel Frankens-  
tein verfolgt, aber infolge der nicht glücklichen Form nicht er-  
reicht ist: die Erhaltung der selbstständigen Finanzwirtschaft  
der Bundesstaaten unter Beibehaltung derselben an den Erträgen  
der Reichssteuern. Der Grund, warum dieser richtige Gedanke  
der Klausel Frankenstein nicht verwirklicht, sondern zur Bestreitung  
der Ausgaben des Reiches in immer stärkerem Maße auf die  
Finanzen der Bundesstaaten zurückgegriffen ist, liegt in der  
durchaus anormalen Einrichtung der Reichsfinanzen, vermöge  
deren das Reich und seine Organe souverän über die Ausgaben  
dieses beschließen, für die Deckung des Wehrbedarfs aber die  
Bundesstaaten sorgen lassen. Erscheint diese einzig in Deutschland  
bestehende Einrichtung schon unter dem Gesichtspunkt sparsamer  
Bemessung der Ausgaben im Reiche äußerst unweckmäßig, so  
ist sie auch mit einer selbstständigen und geordneten Finanzwirth-  
schaft der Bundesstaaten unvereinbar. Man sieht, wenn hier  
nicht Wandel geschaffen wird, vor der Perspektive, das Reich  
infolge der mit dem vermehrten Ausgabenbedarf stetig steigenden  
Zuanspruchnahme der Finanzen der Bundesstaaten und der da-  
durch bedingten stärkeren Anspannung der Steuerkraft in den  
letzteren mehr und mehr unpopulär werden und so an innerer  
Festigkeit verlieren zu lassen oder dem Einheitsstaate zuzuteilen.  
Es gilt darum, zu dem mit der Klausel Frankenstein erstrebten  
finanzpolitischen Ziel durch Aenderung und Verbesserung der  
Mittel zur Erreichung desselben auch wirklich zu gelangen. Geht  
man davon aus, daß die leitenden Gesichtspunkte der Finanz-  
reform des Jahres 1879 die waren, dem Reiche einen festen,  
nach seinem Bedarf bemessenen Betrag an Einnahmen aus den  
Zöllen und Verbrauchssteuern, und ebenso den Bundesstaaten  
einen festen Anteil an deren Erträgen zu sichern, so ergibt sich  
ganz von selbst, daß an Stelle des jetzigen Systems schwankender  
Ueberweisungen und Matrikularbeiträge zweckmäßig eine Ein-  
richtung getroffen wird, vermöge deren für eine Reihe von Jahren  
dem Reiche der Durchschnitt derjenigen Einnahme aus Zöllen  
und Verbrauchssteuern, welche ihm direkt und indirekt in der  
Form von Matrikularumlagen in den letzten Jahren zugeflossen  
sind, und außerdem den Bundesstaaten eine feste Rente gesichert  
wird. Der Gesamtbeitrag der Zölle und Reichssteuern würde  
demgemäß so zu bemessen sein, daß aus ihnen neben dem Wehr-  
bedarf für die Militärvorlage jener Durchschnittsbetrag für das  
Reich und die Rente für die Bundesstaaten herauskommt, für  
deren Bemessung an die wiederholt vom Finanzminister v.  
Scholl als Grundlage für die Ordnung der preussischen Aus-  
gaben erwähnte Summe von 40 Mill. Mark erinnert werden  
mag. Nun aber sind die Erträge der Zölle und Reichssteuern  
Schwankungen unterworfen. Wenn diese zum Theil auch nach  
oben gegangen sind, so ist doch auch eine Schwankung nach  
unten nicht ausgeschlossen, und wird daher Fürsorge getroffen  
werden müssen, daß auch in einem solchen Falle das Reich wie  
die Bundesstaaten die volle Einnahme, auf die gerechnet werden  
muß, erhalten. Der Gedanke liegt nahe, aus den Ueberflüssen,  
welche sich durch Einnahmeschwankungen nach oben ergeben,  
einen Reservefonds anzusammeln, aus dem zunächst Einnahme-  
ausfälle der bezeichneten Art gedeckt werden können, und dessen  
hierzu eben nicht erforderlichen Bestände demnach zur Tilgung  
von Schulden zu verwenden sein würden. Auf diese Weise  
würde mit der Sicherung der Reichs- und Staatsfinanzen  
sich zugleich die Aussicht auf die angefangenen der Höhe und Natur  
der Reichsschuld so dringliche Tilgung der letzteren eröffnen.

Der Chefredakteur der „Nouv. Vr.“ schildert seine neuesten  
Berliner Eindrücke und sagt, zu den Russen gewendet, Folgen-  
des: „Rein, ihr könnt reden, was ihr wollt, ich glaube nicht,  
daß sich Kaiser Wilhelm nach Krieg und Siegen sehnt. Er  
wünscht den Frieden, er strebt nach jenen glänzenden Vorbeeren,  
mit denen sich seine Vorgänger einst geschmückt haben. An  
einen Frieden mittels einer allgemeinen Abrüstung zu denken  
ist eine Phantasie, ein Friede, der auf allgemeinen Rüstungen  
beruht, ist aber keine Phantasie. Und in dieser Beziehung kann

ihn wohl niemand übertreffen. Der von Wilhelm I. erworbene  
Kriegsruhm kann nicht aufs Spiel gesetzt werden; diesen Ruhm  
zu übertreffen ist unmöglich. Er muß nur erhalten werden;  
er muß sich zu einem granitenen Thron von Babelon, zu einer  
Schranke gestalten, hinter welcher nur der Friede bleibt und  
alle kriegerischen Unternehmungen aufhören. Dies ist das Traum-  
bild Kaiser Wilhelms II. Daher zählt er so genau die feind-  
lichen Truppen. Es brauchen nur in dem feindlichen Lager ein  
neuer Soldat und zwei neue Kanonen aufzutreten, so finden  
sich sofort in Deutschland zwei Soldaten und drei Kanonen  
ein. Und dies geschieht nicht wegen des Sieges, sondern wegen  
des Gleichgewichts. Freilich können seine Bundesgenossen denken,  
daß es zu einem Kriege kommt und daß sie durch diesen Krieg  
etwas profitieren, und der deutsche Kaiser begünstigt diese  
Hoffnungen, aber im Grunde seiner Seele ist er nur für den  
Frieden, weil Deutschland nur den Frieden braucht. Ein jeder  
Krieg, selbst ein siegreicher, müßte Deutschland schädigen“.

Wien. Aus den bei den verhafteten Anarchisten vorge-  
fundenen Korrespondenzen wurde festgestellt, daß die Leiter der  
Gruppe nicht bloß Verbindungen mit Amerika und London,  
sondern auch mit der Anarchistengruppe in Berlin, ferner mit  
Genossen in Budapest und Graz unterhalten. Die Verhafteten  
verweigern jede Auskunft, die ihre Genossen belasten könnte;  
einzelne berechnen sich fanatisch frech. Der Ministerpräsident  
Graf Taaffe beauftragte gestern die beschlagnahmten Gegenstände  
und beglückwünschte den Polizeipräsidenten zu seinem Erfolge.

Die Bunden, die die beiden letzten Mißwachsjahre nament-  
lich aber das Jahr 1891, dem Nationalwohlstande Rußlands  
geschlagen, erweisen sich, sobald man genauere Rechnungen auf-  
stellt, sehr viel schwerer, als man bisher geahnt hatte. Dies  
gilt z. B. für das Gouvernement Woronesch, das, in günstiger  
klimatischer Lage, fast durchweg mit Schwarzerd-Ackerboden, zu  
den fruchtbarsten Provinzen des Reiches gezählt wurde. Bei  
der letzten Anwendung des Landwirtschaftsministers in Woronesch  
sah der „Nebelja“ zufolge, eine Sitzung der örtlichen Land-  
wirtschaftsvereinsgesellschaft statt, in welcher, in Gegenwart des Ministers,  
eine Denkschrift über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des  
Gouvernements zum Vortrag kam. Der Bericht bestätigte die  
ungeheure Verwüstung, die die beiden Mißwachsjahre angerichtet:  
Zum Schlusse des vorigen Jahres belief sich darnach bei der  
Bauernschaft die Summe der Rückstände an Staatssteuern und  
Verpflegungsgeldern auf über 31 Millionen Rubel, ungetrechnet  
die übrigen Rückstände und Schulden mannigfaltiger Art. In  
den zwei Jahren gingen ferner 337 000 Stüd Großvieh, und  
mehr als eine Million Stüd Kleinvieh zu Grunde, im Ge-  
sammtwerthe von ungefähr 44 Millionen Rubel; d. h. jede  
Haushaltung erlitt einen Durchschnittsverlust von 141 1/2 Rubel  
oder jede Person der Bevölkerung einen solchen von 20 1/2 Rubel.  
Als chronisch wirkende Ursachen für den ökonomischen Rückgang  
der Provinz führte der Bericht ferner den landwirtschaftlichen  
Raubbau an, den die Bauern treiben. Der Grund und Boden,  
dem man keine Düngstoffe zuführt, geht der Ertragsfähigkeit ent-  
gegen, und allein in vier Kreisen des Gouvernements (dasselbe  
hat zwölf Kreise) sind während der letzten 25 Jahre nicht  
weniger als 76 000 ha fruchtbarer Ackerbodens zu völlig un-  
produktivem „Unland“ geworden und haben sich zum Theil in  
gefährliche Treibland-Flächen verwandelt. Die früher ausge-  
dehnten schönen Hainwälder gehen der Ausrottung entgegen,  
Wiesenbau und Heuproduktionen sind in Verfall gerathen.

Der Bergmannstreit in Nordfrankreich droht einen  
allgemeinen Streik der französischen Bergleute nach sich zu  
ziehen; aus Gormay, dem Mittelpunkt des Bergbaues im  
südlichen Frankreich, wird gemeldet, daß eine Versammlung  
der dortigen Bergleute den allgemeinen Ausstand beschlossen  
habe. Andererseits greift die Streikbewegung der Bergleute in  
Nordfrankreich auch nach dem benachbarten Belgien hinüber;  
etwa 5000 Bergleute des Beckens von Mons sind am Montag  
nicht angefahren.

Die aus dem Kongo eingetroffene Post überbrachte, wie  
das „B. T.“ schreibt, äußerst präzise Nachrichten über das  
Schicksal Emin Paschas. Der Kommandant Dhanis hat unter  
den Gegenständen, welche er den Arabern bei Nyangame ab-  
nahm, auch eine Kiste entdeckt, welche einst Emin Pascha ge-  
hört hatte und die sich im Besitze des Araberchefs Said-  
Abedi befand. Diese Kiste enthielt eine Masse interessanter  
Dokumente und Manuskripte über die von Emin Pascha ausge-  
führten Arbeiten, sowie über seine letzte Reise von der Odküste  
bis zu dem Tage, an dem er ermordet wurde. Herr Dhanis  
hatte alle die Schriftstücke vorfichtiger Weise an sich genommen  
und behält sich vor, dieselben in eigener Person nach Europa  
zu bringen. Emin Pascha muß gegen den 20. Oktober er-  
mordet worden sein, sechs Tage, nachdem er Kinens verlassen  
hatte und sich noch vier Tagereisen weit von Ribongé befand.  
Die That wurde durch den Führer Emin's, Jemouli, verübt,  
und zwar auf Anstiften des oben erwähnten Araberchefs Said-  
bin-Abedi, der seinerseits wiederum durch Minni-Moharra hie-